

Internationale Politik -

Generalstreik gegen Sozialabbau

Massiver Widerstand gegen Berlusconi's »Blut und Tränen«

Die von Silvio Berlusconi betriebene parasitäre und von einem beispiellosen Klientelismus geprägte Politik hat Italien in ein Wirtschaftschaos geführt. So fehlen zum Beispiel 37 Milliarden Euro an Steuereinnahmen, wobei der Regierungschef persönlich zahlreicher Steuerhinterziehungen und des illegalen Kapitaltransfers beschuldigt wird. Mit einem gigantischen Sparpaket von über 90 Milliarden Euro sollen die Krisenlasten jetzt auf die



arbeitenden Menschen, auf die Armen und Ärmsten abgewälzt werden. Mit Notverordnungen soll nach den Vorgaben der EU das Haushaltsdefizit von 9,3 auf drei Prozent gedrückt und bis 2013 ein »ausgeglichener« Haushalt hergestellt werden.

Gegen den neuen Raubzug der Regierung hat Italiens größte Gewerkschaft CGIL für den heutigen Dienstag zu einem landesweiten achtstündigen Generalstreik aufgerufen. Der Appell hat eine seit langem nicht gekannte Zustimmung gefunden. Er wird von Einzelverbänden, darunter die kampfstärke FIOM (Metallarbeiter), den Basisgewerkschaften COBAS, sozialen Zentren und Einrichtungen, den kommunistischen Parteien PRC, PdCI, und der 2006 entstandenen kommunistischen Arbeiterpartei (PCL) sowie der Linkspartei Umwelt und Freiheit (SEL) unterstützt. Der SEL-Vorsitzende, der Ministerpräsident von Apulien Nicola Vendola, nannte den Generalstreik das »wichtigste Kampfmittel der stattfindenden Klassenkämpfe«. PRC-Sekretär Paolo Ferrero erklärte, es werde »der härteste Generalstreik in der Geschichte« sein.

Die beiden anderen Gewerkschaften, die vor allem zur linksliberalen Demokratischen Partei (DP) neigende CISL und die katholische UIL lehnen eine Teilnahme ab. Von ihrer Basis kommt jedoch vielerorts Zustimmung. Aus ganz Italien werden Tausende Teilnehmer an der Protestdemonstration in Rom erwartet. Kundgebungen sind in allen großen Städten angesagt. Führende Kapitalkreise haben Berlusconi bereits fallengelassen. Sein Ende in den nächsten Monaten ist gewiß, der Generalstreik könnte es beschleunigen, wie es bereits im Dezember 1994 einmal der Fall war.

Bürgermeister gegen Ruin ihrer Gemeinden

Die Ausgaben für die Städte und Gemeinden sollen um neun Milliarden Euro gesenkt, 34 von 110 Provinzen aufgelöst werden, Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern mit anderen fusionieren. 50.000 Kommunalmitarbeiter werden ihren Arbeitsplatz verlieren. Das bedeutet weniger Kinderkrippen, neue Abstriche im Gesundheits- und Sozialwesen. Die Kürzungen würden viele Kommunen in den Ruin treiben. Zugleich soll dadurch der in den Provinzen und Kommunen noch beträchtliche Einfluß von Mitte-Links-Kräften zurückgedrängt werden. Dagegen protestierten Bürgermeister in Rom, Mailand, Turin und

zahlreichen weiteren Städten. Der Vizepräsident des Verbandes der italienischen Kommunen ANCI, Mauro Guerra, sprach von einer »Attacke gegen die demokratische Beteiligung der Bürger am öffentlichen Leben«.

In Mailand gingen 600 Stadtoberhäupter der Gemeinden der Region auf die Straße, an ihrer Spitze Giuliano Pisapia von der SEL, der im Juni die Wahl gegen den Kandidaten Berlusconi gewann. In Turin führte der Bürgermeister und frühere DP-Vorsitzende, Piero Fassino, die Proteste an. Pisapia forderte, »nicht die Gemeinden, sondern der Zentralstaat muß seine Ausgaben reduzieren«. Der Regierungschef attackierte die Opposition als »kriminell und antiitalienisch«. Während laufender Korruptionsermittlungen gegen ihn wurde bekannt, daß er Italien »ein Scheißland« nannte, das er in einigen Monaten verlassen wolle.

Unter dem Druck der Bürger, aber auch aus Angst vor Wählerverlusten beteiligten sich Bürgermeister der rechten Lega Nord an den Protesten. Ohne das Sparpaket in Frage zu stellen, meldete Umberto Bossi, Vizepremier und Chef der Lega, Korrekturen an. Berlusconi laviert und wollte von einer 2-prozentigen Erhöhung der Mehrwertsteuer von derzeit 20 Prozent absehen. Das und andere Zusagen für Nachbesserungen sind demagogische Manöver, denn es bleibe, wie Paolo Ferrero entgegnete, dabei, die Krisenlasten auf die Arbeiter und die Rentner abzuwälzen, während die Reichen, die Großverdiener und die Steuerhinterzieher verschont werden.

Keinerlei Abstriche werden auch an den Militärausgaben, darunter für den Krieg in Afghanistan, vorgenommen, ebenso an den Privilegien des Vatikan, dem jährlich drei Milliarden Euro zufließen. Nach Unternehmerprotesten wurde auch die geplante sogenannte »Solidaritätssteuer« von 10 Prozent für Besserdienende mit einem Jahreseinkommen über 150.000 Euro zurückgenommen, dafür sollen Migranten höher besteuert werden. Jüngsten Nachrichten zufolge beläuft sich das Sparpaket inzwischen sogar auf 104 Milliarden Euro.

Der Unternehmerverband Confindustria bezeichnete es dennoch als »unzureichend«. Mit einem Appell, Regierung und Opposition sollten gemeinsam »baldmöglichst die Antikrisendekrete verabschieden« ist der frühere Kommunist und heutige Staatspräsident Giorgio Napolitano den zum Streik entschlossenen Arbeitern in den Rücken gefallen. Unter dem Druck der öffentlichen Proteste mußte die Streichung von Feiertagen wie 25. April (Beginn des Aufstandes gegen den Faschismus 1945), des Ersten Mai und des Nationalfeiertags am 2. Juni (Sturz der Monarchie 1946) zurückgenommen werden.

Gegen Sozialpaktkurs

Vor dem Ausstand haben scharfe Auseinandersetzungen über die von der CISL und UIL mit den Unternehmern betriebene Sozialpakt-Politik begonnen. Dieser Kurs erhielt Auftrieb durch die Haltung der 2007 aus einer Fusion der exkommunistischen Linkspartei mit dem katholischen Zentrum hervorgegangenen Demokratischen Partei als größter Oppositionskraft der bürgerlichen Mitte. Schon im Wahlkampf 2008 verkündete die DP einen »demokratischen Pakt zwischen Arbeitern und Bourgeoisie«. Und dabei bleibt es bis heute. DP-Vorsitzender Pier Luigi Bersani nannte den Generalstreik ohne die CISL und UIL einen »Irrtum«. Gleichzeitig traf er sich mit Berlusconis Wirtschaftsminister Giulio Tremonti zu einem »Kolloquium«, um einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise zu erörtern.

Diese von der DP betriebene Politik führte am 28. Juni 2011 zu einem Abkommen der Gewerkschaften mit der Confindustria, das im Rahmen sogenannter Reformen des Arbeitsrechts den Artikel 8 des Arbeitsgesetzes zur Disposition stellt. Der Artikel untersagt es bisher den Unternehmern, sich mit den »politischen, religiösen oder gewerkschaftlichen« Aktivitäten der Arbeiter zu befassen oder aus solchen Gründen das Arbeitsverhältnis zu beenden. Damit wird nun auch der Kündigungsschutz in Frage gestellt. Diesem Abkommen schloß sich auch die CGIL an, was auf heftige Kritik ihrer Basis stieß.

In diesem Zusammenhang irritiert auch, daß PRC und PdCI für den Sturz Berlusconi – und um danach bei Wahlen Sitze im Parlament zu bekommen –, ein Bündnis mit der DP schließen wollen. Allerdings begrüßte es die PRC-Zeitung »Liberazione«, daß die CGIL mit

dem Generalstreik mit der »Linie des Dialogs« mit der Confindustria breche, während die DP der Beseitigung des Artikel 8 bereits zugestimmt hat. An der Basis wird gefragt, ob PRC und PdCI mit dieser Partei des Verrats der Arbeiterinteressen tatsächlich in den Wahlkampf ziehen wollen.

Unvorstellbares Elend im Süden

Unvorstellbare Auswirkungen drohen mit dem von Berlusconi zynisch »Blut und Tränen« genannten neuerlichen sozialen Kahlschlag den Ausgegrenzten vor allem im Mezzogiorno, dem Armenhaus des Landes. Das Elend, das im Süden jetzt schon herrscht, läßt sich kaum noch beschreiben. 29,4 Prozent der Jugendlichen unter 24 sind ohne Arbeit. In der Industrie verloren 2008/9 über 100.000 Menschen ihren Arbeitsplatz, was die Arbeitslosenzahl auf 1,7 Millionen ansteigen ließ. Das waren 20,6 Prozent mehr als 2007. Von denen, die eine Arbeit hatten, war jeder fünfte schwarz beschäftigt. 30 Prozent lebten an der Armutsgrenze, während es im Norden »nur« zehn Prozent waren. 17 Prozent konnten den Strom nicht bezahlen, 21 Prozent keine Heizkosten, jede fünfte Familie hatte kein Geld für einen Arztbesuch. Während das Brutto sozialprodukt Italiens 2009 um 1,5 Prozent sank, waren es im Süden 4,5 Prozent. Die meisten der über 200.000 Italiener, die sich in einer hoffnungslosen sozialen Lage befinden, leben im Süden.

Das Sparpaket gibt den Forderungen der Confindustria Auftrieb, die Tarifverträge und den Kündigungsschutz generell aufzuheben und die Gewerkschaftsrechte drastisch einzuschränken. Unter Berlusconi wurden die Tarifverträge bereits durch befristete Arbeitsverträge ausgehebelt, Lohnsenkungen dergestalt verwirklicht, daß Arbeiter mit dem Versprechen, sie wieder einzustellen, gezwungen wurden, in Entlassungen einzuwilligen. Die Wiedereinstellung erfolgte dann mit niedrigeren Löhnen und weniger Rechten, z.B. beim Kündigungsschutz. Für Tarifkonflikte ernannte Berlusconi sogenannte Schiedsrichter, die verhindern, daß die Beschäftigten vor Arbeitsgerichten klagen können. Jetzt droht weiteren 225.000 Arbeitern die Entlassung.

Linke Metaller beziehen Klassenkampfpositionen

Vor allem die FIOM geht entschieden gegen diesen arbeiterfeindlichen Kurs vor. Im FIAT-Werk Pomigliano d'Arco bei Neapel protestierte die FIOM unlängst mit einem Streik gegen die Entlassung von Arbeitern, die Verlängerung der Arbeitswoche und die Verkürzung der Pausen, damit die 5.000 Beschäftigten pro Tag 25 Autos mehr herstellen sollen. Direktor Sergio Marchionne drohte daraufhin, wenn die Arbeiter und die Gewerkschaften das nicht hinnähmen, werde die Produktion nach Polen oder Kroatien verlegt. Die Entscheidung ist noch offen.

Der Führer der Gewerkschaftslinken in der FIOM, Giorgio Cremaschi, gleichzeitig Vorsitzender des Zentralkomitees der FIOM und Mitglied der Leitung der PRC, machte vor dem Generalstreik deutlich, daß Gewerkschaftsspaltung und Sozialpaktstrategie mit dazu beigetragen haben, daß Berlusconi und die Unternehmer ständig weitere Maßnahmen zum verschärften Sozialabbau durchsetzen konnten. Um dem energisch entgegenzutreten, schlug er vor, »eine antikapitalistische Gewerkschaftsfront«, unabhängig von den Parteien, an die sie sich anlehnen, zu schaffen und dazu für den 1. Oktober eine Versammlung aller Gewerkschaftsverbände einzuberufen. Ziel müsse sein, so Cremaschi, »eine tatsächliche und starke soziale Opposition« zu formieren, die dem Sozialabbau »auf einer linken Basis entgegentritt, um die Regierung Berlusconi zu stürzen«.

Gerhard Feldbauer